

Interview mit Diana Golze

## Für die Rechte der Kinder und für Belzig



Diana Golze (MdB)

Foto: Cossenbrink

■ *Die Nachrichten über misshandelte Kinder reißen nicht ab. Immer wieder geht das bis zur Tötung von Kindern durch die Eltern. Als junge Mutter müssen dich diese Nachrichten doch geschockt haben. Wie kommst du persönlich mit solchen Situationen klar?*

■ Sehr schlecht. Ich bin jedes Mal auf ein neues erschrocken und entsetzt. Ich mag die Nachrichten gar nicht hören. Es ist unfassbar, dass ein erwachsener Mensch einem Kind etwas antun kann. Ich denke dann oft an meine Tochter und hoffe, dass ihr nie etwas Schlimmes widerfährt.

■ *Du bist die einzige Ostdeutsche in der Kinderkommission des Bundestages. Ist das eher eine Auszeichnung oder eine Strafe? Wie geht die Kommission mit Erfahrungen aus der Zeit der DDR um oder interessiert das nicht?*

■ Gerade wegen dieser Erfahrungen ist es gut, dass ich da bin.

So war ich von Beginn an diejenige mit den wenigsten Bauchschmerzen beim Thema Kinderbetreuung für unter Dreijährige. Außerdem bringe ich immer wieder die Probleme des ländlichen Raums in die Diskussion, weil die jemand aus Augsburg oder Düsseldorf nicht kennt. Es ist aber wichtig, weil man z.B. beim Thema Sport nicht nur die Eltern dazu auffordern darf, mit ihren Kindern mehr Sport zu treiben; man muss sich auch an die eigene Nase fassen und die Politik aller Ebenen dafür verantwortlich machen, dass Sportstätten und -vereine auch erreichbar und bezahlbar sind. Das ist Teil meiner Arbeit dort.

■ *Dein Tun als Abgeordnete geht unter anderem dahin, mehr Kinderrechte in das Grundgesetz zu bringen. Geht das bis zu „Kinder an die Macht“?*

■ Nein, es geht mir darum, den Kindern im Verhältnis zum Staat dieselbe Stellung einzuräumen wie

ihren Eltern. Kinder haben ganz einfach auf mehr Dinge Anspruch, als die, zu denen ihre Eltern nach jetzigem Stand des Grundgesetzes verpflichtet sind. Eigenständige Rechte für Kinder, wie z.B. das Recht auf Bildung und Gesundheit, kennt das Grundgesetz bisher gar nicht.

■ *Potsdam-Mittelmark zählt mit zu deinem Wahlkreis. Im Fläming-Echo konnte man lesen, dass du dich weiterhin für Belzig einsetzen willst. Ein Brief an Margrit Spielmann (SPD) und Andrea Voßhoff (CDU) sollte helfen, Finanzen für das Thermalbad zu akquirieren. Was ist daraus geworden?*

■ Mein Anliegen war es, dass wir drei Bundestagsabgeordnete aus der Region uns gemeinsam an Ministerpräsident Platzeck wenden und ihn darum bitten, sich bei seinen Fachministern für die Unterstützung der Stadt Belzig bei der Schadensbegrenzung und der langfristigen Sicherung des wirtschaftlichen Betriebs der Therme einzusetzen. Frau Dr. Spielmann hat mich daraufhin zu einem Gespräch eingeladen, bei dem auch die stellvertretende Bürgermeisterin sowie der Geschäftsführer der Kur- und Freizeitgesellschaft Belzig anwesend waren. Wir haben über die nächsten Schritte gesprochen und es wurde ein zweiter Termin im Frühjahr vereinbart. Von Frau Voßhoff habe ich leider keine Antwort erhalten.

■ *Welche Vorsätze, die du dir am 1. Januar vorgenommen hast, hast du schon über Bord geworfen und an welchen arbeitest du noch?*

■ Wenn man einen Jahreswechsel braucht, klappt das meist sowieso nicht mit den Vorsätzen. Deshalb habe ich mir nichts Konkretes vorgenommen.

Ich rauche nicht, meine Gewichtszunahme hat mit der Geburt meines zweiten Kindes zu tun, auf dass ich mich schon freue. Und alles andere kommt, wie es kommen soll, oder? ▲

Mehr Transparenz über den Einsatz der finanziellen Mittel für den Aufbau Ost fordert DIE LINKE im Antrag (16/7567) an den Bundestag. Die Fraktion verweist dabei auf eine Antwort der Bundesregierung (16/5418) auf die Große Anfrage der LINKEN „Zum Stand der Deutschen Einheit und der perspektivischen Entwicklung bis zum Jahr 2020“ (16/3581). Die Regierung bemerkt darin, bei den Bemühungen zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland nur auf ungenügende amtliche statistische Daten zurückgreifen zu können. Da sie auf Schätzungen angewiesen sei, könne eine zielgenaue Verwendung finanzieller Mittel für den Aufbau Ost nicht ausreichend gewährleistet werden.

<http://www.schattenblick.de/infopool/parl/fakten/pafb1370.html>

### Begrüßungsgeld für Neugeborene

## Keine Hartz-IV-Anrechnung

Wenn Gemeinden für Neugeborene ein Begrüßungsgeld zahlen, soll das nach Ansicht der Bundesregierung nicht auf Hartz-IV-Leistungen angerechnet werden. Das ergab eine Anfrage der Bundestagsabgeordneten Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE) an die Bundesregierung.

Anknüpfend an die Tatsache, dass auch in Brandenburg immer mehr Kommunen für Neugeborene zahlen wollen, hatte Enkelmann gefragt, ob dieses Geld auf die Zahlung von ALG II angerechnet wird. Namens der Bundesregierung antwortete der Staatssekretär im Arbeitsministerium, Klaus Brandner: „Ein von einer Gemeinde für Neugeborene gezahltes ‚Begrüßungsgeld‘ sollte nach Auffassung der Bundesregierung nicht als Einkommen auf die Regelleistungen und

die Leistungen für Unterkunft und Heizung im Rahmen des Arbeitslosengeldes II angerechnet werden“, heißt es wörtlich. Die Regelungen zum ALG II und Sozialgeld, so der Staatssekretär weiter, ließen es zu, „bestimmte Leistungen anrechnungsfrei zu belassen, auch wenn sie grundsätzlich einem ähnlichen Zweck wie die Leistungen des SGB II dienen.“

Dagmar Enkelmann begrüßte die Klarstellung und forderte zugleich, weitere Leistungen wie die Verpflegung bei stationärem Aufenthalt im Krankenhaus nicht auf ALG II oder Sozialgeld anzurechnen. „Hartz IV hat - neben einem bürokratischen - vor allem ein soziales Desaster angerichtet. Die Große Koalition sollte schnellstens den Regelsatz auf mindestens 435 Euro anheben.“ ▲

**In eigener Sache**

Diese im neuen Gewand auftretende Ausgabe von *Mittelmark.Links* hätte eigentlich schon vor Wochen erscheinen sollen. Leider hat eine Häufung technischer Pannen dazu geführt, dass aus der Ausgabe für die Monate Januar/Februar nun eine für März/April geworden ist. Zum Ausgleich bietet sie – wie wir hoffen – einigen Diskussionsstoff. Und die **Möglichkeit zur Mitarbeit:** Wir bitten alle Leser/Innen, uns regelmäßig ihre Veranstaltungshinweise zuzusenden, sich mit Leser/Innenbriefen und Berichten aus den Regionen

Potsdam-Mittelmarks zu beteiligen. Aber bitte: Leserbriefe, die auf MAZ oder PNN reagieren und dort nicht veröffentlicht werden, die haben im allgemeinen auch in der mml keinen Sinn. Sie versteht nämlich

niemand. Für die nächsten Monate geloben wir dann Besserung: **Bis zu den Kommunalwahlen im Herbst werden wir häufiger und so aktueller erscheinen.** Zwischendurch lohnt sich aber vielleicht auch ein Blick auf unsere Internet-Seiten unter [www.dielinke-pm.de](http://www.dielinke-pm.de). **Leserbriefe, Berichte und Infos bitte an kreis-geschäftsstelle@dielinke-pm.de**

Kultur und Bildung in Brandenburg

## Grundrecht und Grundbedürfnis

*Wie soll Kultur organisiert werden, damit sie lebendig ist? Welche Verantwortung trägt dabei der Staat? Gibt es ein Recht auf „kulturelle Grundversorgung“? Um über diese und weitere Fragen zu diskutieren, lud Diana Golze Künstlerinnen und Künstler aus ihrem Wahlkreis in das Rathenower Kulturzentrum ein.*

Die Teilnehmer/Innen der Gespräche waren sich schnell einig, dass Kultur in einer Bürgergesellschaft ein Wert an sich ist – eine gesellschaftliche Ressource. Die Teilhabe daran muss für alle gewährleistet

sich mehr und mehr aus der allgemeinen Kulturförderung zurück. Projektbezogene Förderung ersetzt Institutionsförderung. Das macht eine längerfristige Planung fast unmöglich. Seit 1999 wurde die Kulturförderung kontinuierlich zurückgefahren: von 86 Millionen Euro auf 75 Millionen Euro. Kulturelle Leuchtturmprojekte als Mittel der Selbstdarstellung werden indes weiterhin mit hohen Summen gefördert. Kulturelle Angebote müssen aber auch im berlinfernen Raum aufrecht erhalten werden – so auch in Rathenow, Belzig und Jüterbog. Ein Beispiel: Das Rathenower Kulturzentrum

erhielt 2007 vom Land ganze 460 Euro Theaterförderung, wie die Geschäftsführerin Bettina Götz berichtete. „Die Argumente, mit denen die Landesregierung unseren Förderzuschuss so niedrig ansetzt, sind nicht nachvollziehbar. Weil in unserem Haus vor allem Bühnen aus

Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt und nur wenige aus Brandenburg gastieren, erhalten wir nur eine geringe Förderung aus dem Kultusministerium“, berichtet die Kulturzentrum-Chefin. Zwar würde die Geschäftsführerin häufiger Produktionen aus Brandenburg nach Rathenow holen, aber das scheitert daran, dass die wichtigsten brandenburgischen Sprechbühnen wie beispielsweise das Hans-Otto-Theater aus Potsdam oft an anderen Spielorten fest engagiert sind. Die kleineren Häuser gehen deshalb meistens leer aus. Darüber hinaus ist allein schon die Anreise aus Potsdam

oder Cottbus viel aufwändiger und teurer als aus dem Theater der Altmark in Stendal.

Für Anke Heinsdorff, Leiterin der städtischen Musikschule Rathenow, ist das Musikschulgesetz eine „wichtige Errungenschaft, aber die Förderbeiträge dürfen nicht ständig abgesenkt werden, sonst ist eine vernünftige Arbeit nicht mehr möglich“, mahnt sie. Keineswegs sei es wünschenswert, so die Musikschulleiterin, dass der Unterricht hauptsächlich von Honorarlehrkräften bestritten wird. „Da verdienen die Lehrer zu wenig. Das wirkt sich auf die Qualität des Unterrichts aus.“

Das Musikschulgesetz wird 2008 novelliert, weiß Gerd-Rüdiger Hoffmann, Sprecher für Kultur- und Minderheitenpolitik der Fraktion DIE LINKE im Landtag Brandenburg. Dazu soll es einen fraktionsübergreifenden Antrag im Landtag geben. Mit der neuen Regelung soll der hohe Qualitätsstandard gesichert werden. Beispielsweise soll die Quote von fest angestellten Musikschullehrern auf mindestens 30 Prozent festgeschrieben und die Bezahlung der Honorarkräfte angehoben werden.

Ulrike Wunsch, Leiterin der Städtischen Bibliothek in Rathenow, bedauerte, dass es kein Bibliotheksgesetz in Brandenburg gibt. Das Land müsse seine Bibliotheken fördern und sich für sie stark machen.

Die Gesprächsteilnehmer stimmten überein, dass Kultur und Bildung zusammen gehören. „Kulturelle Bildung ist nicht nur ein Grundrecht, sondern auch ein Grundbedürfnis“, stellte Gerd-Rüdiger Hoffmann fest. Das Fazit Diana Golzes: „Kultur ist eine öffentliche Aufgabe und muss dies auch bleiben. Künftig wird die kulturelle Entwicklung Brandenburgs stärker vom Engagement der Bürgerinnen und Bürger geprägt sein. Es bleibt Aufgabe der Politik, die kulturelle Infrastruktur vorzuhalten.“ ▲



Fotos: pixelio; Blicksammler; Barmbeck; Montage: DIE LINKE